

Wirtschaftswachstum

Politik trägt ein Drittel zum Aufschwung bei

Eine bessere Wirtschaftspolitik hat die Wachstumsrate der deutschen Volkswirtschaft um 1,2 Prozentpunkte angehoben – und damit zu einem Drittel zur Wachstumsbeschleunigung auf rund 3 Prozent im vergangenen Jahr beigetragen. Zu diesem Ergebnis kommt ein Gutachten des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). Die Wachstumskräfte konnten durch die Reformpolitik der vergangenen Jahre gestärkt werden, sodass die Wirtschaft mittelfristig wieder um 1,7 Prozent im Jahr zulegen kann – 2003 lag das Trendwachstum noch unter 1 Prozent.

Einen Zuwachs um 0,5 Prozentpunkte brachte allein, dass die Arbeitslosigkeit gesunken ist und die Unternehmen wieder mehr Stellen schaffen können. Zu verdanken ist dies unter anderem der Lockerung des Kündigungsschutzes, den Hartz-Gesetzen und der kürzeren Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes. Zudem haben Steuersenkungen die Investitionsneigung der Unternehmen gestärkt und so zu einem Wachstumsplus von 0,4 Prozentpunkten geführt. Andere Faktoren wie höhere Steuern und Sozialversicherungsabgaben sowie der Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter schwächten die Wachstumsdynamik dagegen ab.

Michael Grömling, Axel Plünnecke, Benjamin Scharnagel: Was trägt die Politik zum Aufschwung in Deutschland bei?, in: IW-Trends 3/2007

Gesprächspartner im IW: **Prof. Dr. Michael Grömling, Telefon: 0221 4981-776**

Wirtschaftswachstum

Reformen tragen erste Früchte

Deutschland ist wieder auf Wachstumskurs. Das ist zu einem guten Teil der boomenden Weltkonjunktur zu verdanken, aber auch den seit 2003 eingeleiteten wirtschaftspolitischen Reformen. Weniger Arbeitslose, mehr Unternehmensinvestitionen und geringere staatliche Haushaltsdefizite erklären ein knappes Drittel des Aufschwungs. Insbesondere die Arbeitsmarktreformen tragen erste Früchte, wie eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zeigt.*)

Stillstand war gestern, Aufschwung ist heute. Nachdem das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2003 leicht geschrumpft war, hat sich das Wirtschaftswachstum seitdem kontinuierlich verbessert (Grafik):

Im Jahr 2006 stieg die deutsche Wirtschaftsleistung um fast 3 Prozent. Und auch in diesem Jahr dürften wieder rund 2,5 Prozent Wachstum zu verzeichnen sein.

Gründe für den Weg aus dem Tal: Die Wirtschaft der Bundesrepublik profitierte in den vergangenen vier Jahren vom Boom der Weltwirtschaft. Die hiesigen Unternehmen verbesserten ihre Wettbewerbschancen durch Innovationen sowie aufgrund einer zurückhaltenden Lohnpolitik der Tarifpartner und nutzten ihre Möglichkeiten auf den Weltmärkten. Besonders erfreulich: Auch die Wachstumskräfte der deutschen Volkswirtschaft konnten wieder nachhaltig gestärkt werden.

Das Trendwachstum ist seit 2003 um 0,8 Prozentpunkte auf nun 1,7 Prozent

gestiegen – mit anderen Worten: Die deutsche Wirtschaft kann jetzt mittelfristig Jahr für Jahr um 1,7 Prozent zulegen.

Zu diesem Ergebnis kommt das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW), das im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) berechnet hat, welchen Einfluss wichtige Faktoren wie die Arbeitslosigkeit, Unternehmensinvestitionen und Abgabenbelastung auf das Wirtschaftswachstum haben. Im Einzelnen (Grafik Seite 5):

- Die Arbeitslosigkeit ist gesunken und die Unternehmen können wieder mehr Stellen schaffen. Das brachte einen Wachstumseffekt von 0,5 Prozentpunkten. Zu verdanken ist dies auch den arbeitsmarktpolitischen Reformen wie der Lockerung des Kündigungsschutzes, den Hartz-Gesetzen und der kürzeren Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes.
- Steuersenkungen haben ein investitionsfreundlicheres Klima geschaffen.

Steigende Investitionen der Unternehmen haben daher zu einem Wachstumsplus von 0,4 Prozentpunkten geführt.

- Auch der Staat tritt in seinem Bereich nicht mehr so stark auf die Investitionsbremse und trägt so mit weiteren 0,3 Prozentpunkten zu einem höheren Trendwachstum bei.

- Staatliche Haushalts- und Abgabenpolitik neutralisierten sich dagegen. Während von der Haushaltskonsolidierung wachstumsfördernde Effekte ausgingen, dämpften höhere Steuern und Abgaben in den Sozialversicherungen das Wirtschaftswachstum.

Alles in allem hat eine bessere Wirtschaftspolitik die Wachstumsrate der Wirtschaft um 1,2 Prozentpunkte nach oben geliftet – und damit zu einem Drittel zur Wachstumsbeschleunigung beigetragen.

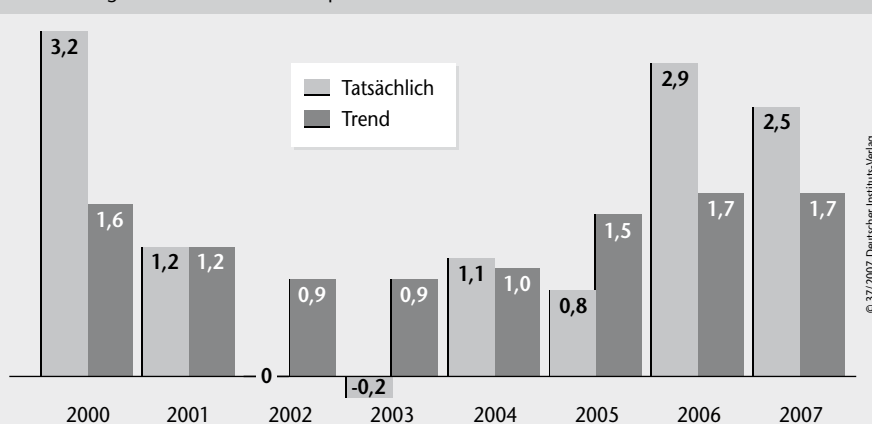
Allerdings hätte es auch noch besser laufen können. So kosteten andere Faktoren wie der Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter 0,3 Prozentpunkte an Wachstumsdynamik.

Wo und wie die Politik an den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ansetzt, lässt sich im Detail mithilfe des vom IW entwickelten Reformbarometers untersuchen. Besonders die Reformerfolge am Arbeitsmarkt haben demnach Schwung in die Wirtschaft gebracht. Bisher lässt sich die Kurve des Reformbarometers in vier Phasen unterteilen (Grafik):

1. Nach der Wiederwahl der rot-grünen Bundesregierung im September 2002 sackte das Barometer deutlich unter seinen Ausgangswert von 100 Punkten: Im ersten Halbjahr ihrer zweiten Amtszeit fehlten Schröder und Co. die richtigen Konzepte. Außerdem leistete sich Rot-Grün verschiedene Missgriffe wie kurzfristig anberaumte Steuererhöhungen – etwa das Flutopfersolidaritätsgesetz und das Steuervergünstigungsabbaugesetz – oder auch überstürzte sozialpolitische

Wirtschaftswachstum: Der Trend stimmt wieder

Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts in Prozent



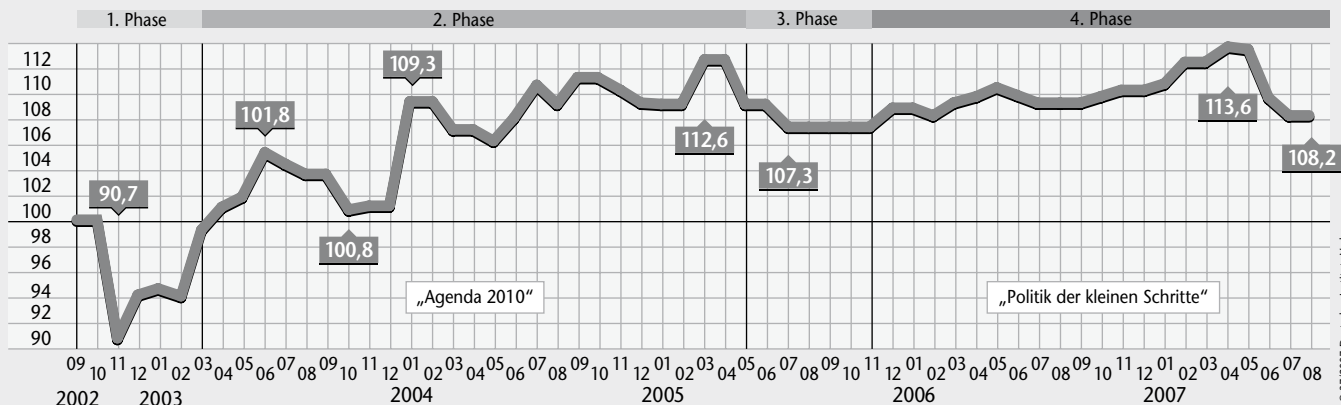
2007: Prognose; Trendwachstum: berechnet auf Basis eines Wachstumsmodells, in das die Arbeitslosenquote, Investitionen, Abgabenlast, Humankapitalausstattung, Haushaltssaldo und Bevölkerungswachstum eingehen
Quellen: Statistisches Bundesamt, IW Köln

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

*) Michael Grömling, Axel Plünnecke, Benjamin Scharnagel: Was trägt die Politik zum Aufschwung in Deutschland bei?, in: IW-Trends 3/2007

IW-Reformbarometer: Nur langsam bergauf

Der Indikator beurteilt, inwieweit Reformvorhaben in der Arbeitsmarkt-, Sozial- sowie der Steuer- und Finanzpolitik die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland verändern. September 2002 = 100, Werte über 100: Verbesserung, Werte unter 100: Verschlechterung



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Notoperationen, wie beispielsweise höhere Beiträge und Bemessungsgrenzen in der gesetzlichen Renten- oder Krankenversicherung.

2. Mit der „Agenda 2010“ kam es im März 2003 zur reformpolitischen Wende. Auf Basis des vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung konzipierten Programms „20 Punkte für Beschäftigung und Wachstum“ wurden der Arbeitsmarkt teilweise dereguliert, Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammengelegt und die gesetzliche Krankenversicherung neu geordnet. Darüber hinaus senkte die Regierung die Einkommenssteuer vorzeitig, führte die nachgelagerte Besteuerung von Alterseinkünften ein und ergänzte die Rentenanpassungsformel um den Nachhaltigkeitsfaktor. Die erfreuliche Folge: Bis April 2005 kletterte das IW-Reformbarometer auf 112,6 Punkte.

3. Während des vorgezogenen Bundestagswahlkampfes und der anschließenden Koalitionsverhandlungen von CDU/CSU und SPD blieb es weitgehend ruhig an der Reformfront – der Barometerwert stagnierte bei rund 107 Punkten.

4. Die Große Koalition läutete im November 2005 die vierte reformpolitische Phase ein, eine „Politik der kleinen Schritte“. Entsprechend war das Reformtempo nicht mehr sehr dynamisch. Zwar haben die Koalitionäre mit der Föderalismusreform, der schrittweisen Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters oder der Reform der Unternehmensbesteuerung die wirtschaftspolitischen

Rahmenbedingungen weiter verbessert. Dem stehen allerdings auch Fehlentscheidungen gegenüber, welche die Bilanz trüben – genannt seien hier die Gesundheitsreform oder die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Zwischenzeitlich verbesserte sich das Reformbarometer dennoch auf 113,6 Punkte.

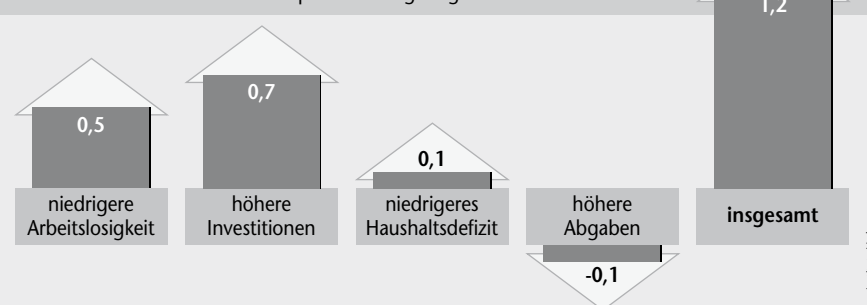
Die jüngsten Entscheidungen zur sozialen Pflegeversicherung und zu Mindestlöhnen haben die Werte indes wieder auf 108,2 Punkte einbrechen lassen (vgl. iwv 29/2007). Ob die reformpolitischen Bemühungen damit nachlassen, bleibt abzuwarten. Denn der parlamentarische

Gesetzgebungsprozess zu den umstrittenen Themen hat noch nicht begonnen.

Immerhin hat die Politik in den zurückliegenden Jahren bewiesen, dass sie zu Reformen in der Lage ist. Eigentlich sollte der derzeitige Aufschwung in Deutschland die Bundesregierung ermutigen, am Ball zu bleiben, schließlich können sich die Politiker einen Teil der wirtschaftlichen Erfolge auf die eigene Fahne schreiben. Dass es zusätzlicher Anstrengungen bedarf, belegen die immer noch existierenden Probleme: Langzeitarbeitslosigkeit, demografischer Wandel und Staatsverschuldung.

Trendwachstum: Durch Reformen höher

Um so viele Prozentpunkte haben die besseren Rahmenbedingungen zum Trendwachstum des Bruttoinlandsprodukts beigetragen



Arbeitsmarktpolitik

- Lockerung von Kündigungsschutz und befristeter Beschäftigung
- Hartz-Gesetze
- Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung

Sozialpolitik

- „Riester-Rente“
- Gesundheitsreform 2003
- Rentenversicherungs-Nachhaltigkeitsgesetz
- „Rente mit 67“

Steuer- und Finanzpolitik

- Steuerreform 2000
- Subventionsabbau
- Alterseinkünftegesetz
- Defizitabbau ab 2005
- Rückgang der Staatsquote
- Unternehmenssteuerreform 2008

Trendwachstum: berechnet auf Basis eines Wachstumsmodells, in das die Arbeitslosenquote, Investitionen, Abgabenlast, Humankapitalausstattung, Haushaltssaldo und Bevölkerungswachstum eingehen; Veränderung: in Prozentpunkten; Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen Wirtschaft Köln